

Annahme-Bureau.

In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilschmiedstr. 17) bei C. F. H. H. & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in S. eferitz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. H. H. & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidenbank“.

Nr. 515.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 26. Juli.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 24. Juli. Berufen sind: der Landgerichtsrath Böhm in Posen als Amtsgerichtsrath an das Amtsgericht in Bromberg, der Amtsgerichtsrath Liebig in Bromberg als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst, der Amtsgerichtsrath Matthies in Berlin als Landgerichtsrath an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Bode in Berlin an das Amtsgericht in Langenialza, der Amtsrichter Sotakowski in Schubin an das Amtsgericht in Mehlau, der Amtsrichter Reichel in Wirlich an das Amtsgericht in Schneidemühl und der Amtsrichter Dr. Kroneder in Angermünde an das Amtsgericht I. in Berlin. Der Amtsrichter Beelis in Posen ist vom 1. September d. J. ab zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht in Stettin zugelassen. Die Verlegung des Amtsgerichtsraths Meinhard in Budau an das Amtsgericht in Langensalza ist zurückgenommen. Der Rechtsanwalt Saad in Neumünster ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts in Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neumünster, ernannt. Dem Rechtsanwalt und Notar Göring in Schwanebeck ist in seiner Eigenschaft als Notar vom 1. Oktober d. J. ab der Wohnsitz in Stolp angewiesen. Der Notar Esch in Polch hat seinen Wohnsitz nach Münstermaifeld verlegt. Die Notarstelle in Polch wird nicht wieder besetzt. In die Liste der Rechtsanwältinnen sind eingetragen: der Rechtsanwalt Starck in Stettin, früher in Pasewalk, bei dem Landgericht in Stettin, der Gerichts-Assessor Müller-Nochmus bei dem Landgericht in Halle a. S., der Gerichts-Assessor von Hagen bei dem Amtsgericht in Duderstadt, der Gerichts-Assessor Dr. Götz bei dem Landgericht in Trier, der Gerichts-Assessor Haaf bei dem Landgericht in Kiel und der Gerichts-Assessor Jonas bei dem Landgericht I. in Berlin. Der Landgerichtsdirektor Lampe in Gnesen, der Landgerichtsrath Arndt in Berlin und der Rechts-Anwalt Justizrath Deudts in Elberfeld sind gestorben.

Politische Uebersicht.

Posen, den 26. Juli.

Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck ist in Begleitung seiner Gemahlin, der Frau Fürstin, und seines Sohnes, des Grafen Wilhelm, mit dem Sonnabend Abend 8 Uhr 56 Minuten eingetroffenen Expresszuge von Friedrichruh in Berlin eingetroffen.

Nachdem in letzter Zeit vielfach wieder von dem Briefe Bismarck's die Rede gewesen, auf welchen sich Bismarck in der Debatte über die hampurger Zollanschlussfrage berief, äußert sich jetzt die „N. A. Z.“ folgendermaßen:

„In Betreff des Briefes des Reichskanzlers an den Finanzminister, auf den sich seinerzeit Herr Bismarck im Reichstage bezogen, erfahren wir, daß sich der Reichskanzler bei jeder Gelegenheit in dem Sinne geäußert hat, daß es nicht notwendig gewesen wäre, Briefe zu schreiben, um festzustellen, daß der deutsche Reichskanzler sich für das ausschließliche Ziel der Einheit des deutschen Zollgebiets interessire, vielmehr das Streben nach diesem Ziele einfach zu seinen amtlichen Aufgaben gehöre, die er ohne Rücksichtnahme nicht vernachlässigen könne, und daß ein Reichskanzler, der auf diesem Gebiete nicht die Verwirklichung der nationalen Einheit mit allen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mitteln erstrebe, nicht zu brauchen, sondern zu entlassen sei. Als Aeußerung des Reichskanzlers hierüber werden uns die Worte zitiert:

„Wenn ich gewußt hätte, daß die Herren Werth darauf legen, schriftlich konstatirt zu sehen, daß ich meine Schuldigkeit thue, so würde ich Ihnen gern zehn solcher Briefe geschrieben haben; es ist meine Pflicht, den Anschluß der Hansestädte zu erstreben, natürlich mit gesetzlichen Mitteln und unter Achtung vor dem Art. 34 der Reichsverfassung. Die Reichspolitik muß darauf gerichtet sein, die Zustimmung der Hansestädte zu ihrem Anschluß an das Reichszollgesetz zu gewinnen.“

Wenn danach der betreffende Brief mit Verletzung der Dienstpflicht wirklich unterschlagen wäre, so könnte man mit dem Dichter ausrufen: „und darum Räuber und Mörder!“

Alle diese Höflichkeit ändern doch Nichts an der Thatsache, daß regierungsfertig Absichten geäußert worden waren, welche sich sofort durch den Brief als doch gehegt und gepflegt herausstellten. Weiter sollte ja auch die Produzierung des Briefes nichts darthun.

Anlässlich der bevorstehenden Zusammenkunft der Finanzminister in Koburg ist aufs Neue die Tabaksmopolfrage in der öffentlichen Diskussion in den Vordergrund getreten, da eine naheliegende Vermuthung in diesem Projekt, von dem man ja weiß, daß es den Schlüssel der Steuerreformpläne des Reichskanzlers bildet, einen Hauptgegenstand der finanzministeriellen Beratungen erblickt, ob mit Recht, muß dahingestellt bleiben. Es dürfte im Hinblick auf die erneute Anregung dieser Frage passend sein, an die Sitzung vom 28. April d. J. zu erinnern, in welcher der Reichstag Stellung zu dieser Angelegenheit genommen und der Annahme vorgebeugt hat, als ob in der gegenwärtigen Volksvertretung eine Majorität für das Monopol zu erzielen sein könnte. Es war anlässlich allerlei beunruhigender Gerüchte seitens des Abg. Richter-Hagen der Antrag gestellt worden, „der Reichstag wolle erklären, daß er eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer oder die Einführung des Tabaksmopolis für wirtschaftlich, finanziell und politisch durchaus ungerechtfertigt erachtet“. In der Diskussion des Antrags wurde aufs Schärfste von verschiedenen Seiten die Ansicht betont, daß durch das Gesetz vom 16. Juli 1879 eine Grundlage geschaffen sei, von der die Tabakindustrie erwarten durfte, daß sie dauernd sei. Es wurde dabei auf eine Erklärung des preussischen Finanzministers bei der Berathung jenes Gesetzes hingewiesen, worin es hieß: Gegen die Zweifel, ob mit diesem Gesetze etwas Dauern-

des gewollt und geschaffen werde, sei zu bemerken, daß keine heute beschlossenen gesetzgeberischen Maßregeln definitiv und für immer die Einführung einer anderen Steuermoralität und also auch nicht das Monopol beseitigen können. Die Regierungsvorlage sei aber anzusehen als ein ernstlicher Versuch, unter Abweisung des Monopols einen dauernden Zustand zu schaffen. Das war bei Vereinbarung des Tabaksteuergesetzes die übereinstimmende Anschauung der Regierung und fast des ganzen Reichstags. Auf die allgemeine Voraussetzung, daß das Kompromiß vom Jahr 1879 über die Tabaksteuer eine auf absehbare Zeit dauernde Grundlage bilde, wiesen besonders eindringlich die Abgg. Delbrück und Buhl hin. Der letztere faßte seine Darlegung dahin zusammen: „Wenn wir im vorigen Jahre ein derartiges Kompromiß abgeschlossen haben, wenn wir uns entschlossen haben, weitgehende wirtschaftliche Kreise dahin zu bringen und dahin zu interessieren, daß sie den Kampf mit den neuen Verhältnissen aufnehmen, so haben wir und die verbundenen Regierungen mit uns das gleiche Interesse, diese Kreise zu schonen nicht nur als große volkswirtschaftliche Faktoren bei unserem Volke, sondern auch theilweise mit im direkten Interesse der Steuer. Ich glaube deshalb, daß wir es den schwer betroffenen Interessentengruppen schuldig sind, daß unsere heutige Verhandlung das positive Resultat hat, daß der Reichstag, soweit es in seiner Kompetenz liegt, ein positives Votum dahin abzugeben habe, daß er eine Veränderung der im vorigen Jahre beschlossenen Steuerreform und damit besonders das Monopol abweist.“ Ebenso führte der Abg. Windthorst aus, durch die Abmachungen des vorigen Jahres sei die Sache beendet; es könne unmöglich angenommen werden, daß man dieses Uebereinkommen jetzt schon wieder stören wolle. Dieser Anschauung gab dann der Antrag Buhl-Delbrück, von dem Richter'schen mehr in formeller als materieller Beziehung sich unterscheidend, Ausdruck. Er lautete dahin: der Reichstag wolle beschließen: In Erwägung, daß über die künftige Besteuerung des Tabaks bei der Berathung des Tabaksteuergesetzes in der letzten Session des Reichstags ein volles Einverständnis zwischen den verbundenen Regierungen und dem Reichstage herbeigeführt ist, daß erwartet werden muß, daß dieses, durch Verkündung des Gesetzes vom 16. Juli erst neuerdings bekräftete Einverständnis nicht wieder durch einen Antrag auf Einführung des Tabaksmopolis in Frage gestellt werden wird, geht der Reichstag über den Antrag Richter zur Tagesordnung über. Dieser Antrag wurde durch 181 gegen 69 Stimmen angenommen, d. h. durch die Stimmen der liberalen Parteien, des Zentrums und selbst einer Reihe von Konservativen gegen die Stimmen der meisten Konservativen. Dieses Votum des Reichstags möchten wir in Erinnerung bringen, wenn wirklich die Konferenz der Finanzminister auf das Tabaksmopol zurückkommen sollte.

Auf eine an den Bundesrath gerichtete Eingabe, betreffend die Frage, ob die schon im Besitz der Tabakfabrikanten befindlichen, aber noch nicht verarbeiteten Risch- und Weichselblätter einer Nachversteuerung unterworfen werden müßten, wenn sie in die Fabrikation übergehen, ist Seitens des Bundesraths die Antwort geworden, „daß die Eingabe zur Herbeiführung eines Beschlusses des Bundesraths nicht genügend befunden ist, da es nicht als Aufgabe desselben betrachtet werden kann, Anfragen von Privaten über diese zweifelhaften Gegenstände der Gesetzesauslegung zu beantworten“.

Die Ermordung der Generalin Skobelew macht in Rußland großes Aufsehen. Olga Nikolajewna, die Mutter des Helden vom letzten Kriege, hatte eine stattliche schlanke Gestalt und war erst 56 Jahre alt. Nach Ableben ihres Gatten begab sich die Generalin nach Bulgarien, um an die Spitze der bulgarischen Abtheilung des Nothen Kreuzes zu treten. Die Leiche der Generalin wurde einbalsamirt und trifft am Sonnabend in Bujukdere ein. Auf Wunsch des Ministers des kaiserlichen Hofes, Grafen Adlerberg, dessen Gemahlin die Schwester der Ermordeten ist, wird die Leiche nach Petersburg transportirt. — Die „Nowaja Wremja“ schreibt über die That:

„... Ein russischer Offizier hat die Generalin Skobelew ermordet. Welchen Ausdruck sollen die Russen für ihre Entrüstung finden? Das Gefühl sträubt sich, daran zu glauben, daß sich in der russischen Armee ein Taugenichts finden konnte, der, den theilsichtlichen Instinkten folgend, sich erdreiste, die Hand gegen eine wehrlose Frau zu erheben und seine Landsleute mit Schmach zu bedecken. Solchen Leuten ist nichts heilig, ihre Sägier verführt sie zu schmachvollen Handlungen, und die Mutter eines Helden ihres eigenen Volkes verblutet unter ihren Händen! Das darf von uns gesagt werden! Was man von uns sagt, ist noch nicht so fürchtbar als das eigene Bewußtsein, es habe sich ein Russe zu einer solchen That finden können. Zu dem Kummer und der Trauer der Familie Skobelew gesellt sich die Trauer ganz Rußlands und aller Wohlbedenkenden, die sich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt sehen. Allerdings findet sich fast in jeder Familie ein ungerathenes Kind; es fragt sich aber, woher stammen diese Ausgeburten der Finsterniß, auf welche Weise werden solche Leute erzogen, denen nichts heilig, die kein Gewissen und keine Ehre, die keinen Gott und keine Heimath haben, die im Selbstmord das einzige Mittel zur Rettung vor Strafe und der unauslöschlichsten Schmach sehen, mit der sich nur ein Russe bedecken konnte.“

Je größer die Wahrscheinlichkeit einer allgemeinen Konflagration auf der Balkanhalbinsel wird, desto fester und präziser gestaltet sich die Orientpolitik der europäischen Mächte. Während Deutschland und Oesterreich sich strikt auf den Boden des Berliner Vertrages gestellt haben, in dessen Rahmen weder ein Großgriechenland noch ein Großbulgarien Platz gefunden, sind Rußland und Frankreich thätiglich beflissen, die Vergrößerung Bulgariens und Griechenlands bis zu einem die letzten Reste der Selbständigkeit der europäischen Türkei vernichtenden Grade zu begünstigen. Beide Mächte nehmen an der Organisation der bulgarischen und hellenischen Streitkräfte einen thätigen Antheil, russische Offiziere leiten die bulgarische Bewegung, und französische Offiziere organisiren die griechische Armee; es sind allerdings nur sechs Offiziere und nicht sechszig, welche die französische Regierung nach Griechenland schickt, in dessen genügt diese Zahl einstweilen für die zunächst Griechenland zufallenden militärischen Aufgaben; kommt es zum Kampfe zwischen dem letzteren und der Türkei, dann wird die weitere Hilfe von Seiten Frankreichs schwerlich ausbleiben, worauf die Hellenen bestimmt hoffen. Gätte die französische Regierung sich für absolute Enthaltung im Fall eines türkisch-griechischen Krieges entschlossen, dann würde sie um so mehr Bedenken getragen haben, an den kriegerischen Vorbereitungen Griechenlands einen aktiven Antheil zu nehmen, als sie sich sagen mußte, daß jede Förderung der panhellenischen Pläne unter den gegenwärtigen Verhältnissen der von Rußland geplanten Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien zu Gute kommen und in ihren weiteren Konsequenzen zu einer den Weltfrieden sicher nicht befestigenden Annäherung Frankreichs und Rußlands führen muß. Daß beide Mächte von friedlichen Versicherungen überließen, ändert nichts an der wirklichen Lage der Dinge, die auf ein gemeinsames Zusammenwirken Rußlands und Frankreichs gegenüber der Türkei hinweist, die ihrerseits angeichts dieser Lage in dem deutsch-österreichischen Bündnisse eine Stütze zu suchen gezwungen ist, das seinen agressive, unvereinbaren Charakter hat. Daß Englands Interessen einen Anschluß an die deutsch-österreichische Orientpolitik erheischen, wird in verständigen Kreisen Englands ebenso sehr zugestanden, als es leider so scheint, daß die jetzt herrschende Partei in England bis jetzt noch kein rechtes Verständnis für diese Interessen hat; doch wird England den militärischen Operationen auf der Balkanhalbinsel zunächst ebenso fern bleiben, als Italien, das den sich möglicherweise immer schärfer zuspitzenden Gegensatz zwischen Rußland und Frankreich einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits abzuwarten scheint, um danach seine Entschlüsse zu nehmen.

In demselben Augenblick, in dem der Abbruch der Beziehungen zwischen der Türkei und Montenegro stattfindet, kommt aus Albanien die Nachricht, daß im Lager der albanesischen Liga ein Zwiespalt ausgebrochen sei. Der Miriditenkapitän Prent Bib-Doda hat mit dem Reste seiner Leute das Lager von Tusch verlassen und sich nach Scuter begeben. Die Ursachen dieses Abfalls sind nicht sicher festzustellen. Es hieß seit langer Zeit, daß die Miriditen des überflüssigen Lagerlebens überdrüssig seien und nur für den Fall einer Offensivbewegung gegen Montenegro ihre Hilfe beistellen wollten. Auch scheint es, daß die katholischen Stämme überhaupt an der Bertheidigung Dulcigno's nur ein geringes Interesse nehmen. Den speziellen Anlaß zum Aufbruch der Miriditen dürfte ein Anlaß gegeben haben, der sich vor einigen Tagen zugetragen hat. Es hat nämlich ein Miridit einen Hirten von Tusch erschlagen, und die Folge davon war eine allgemeine Erregung gegen die Miriditen.

Die Anerkennung Abdur Rahman's als Emir von Afganistan durch die englische Regierung wird von London aus offiziell bestätigt; damit ist die afganische Frage in ein neues Stadium getreten. Wichtig für die Stellung Abdur Rahman's ist die Nachricht, daß die Führer der Partei Jacob's sich ihm angeschlossen haben; dadurch würde der neue Emir keine innere Opposition mehr zu fürchten haben, da er das geistliche Oberhaupt der Bevölkerung auf seiner Seite hat — den betagten Mollah von Ghäni, dessen Wille für die Gläubigen Gesetz ist — den fähigsten afganischen General, Mahomed Jan, das Oberhaupt alles Widerstandes gegen die englischen Waffen, und das Haupt des größten und mächtigsten Bergstammes, Ds-matullah Khan. Wenn der Anschluß dieser Männer ein aufrichtiger ist, wenn dieselben wirklich den Frieden unter einem eingeborenen Herrscher wünschen und gewillt sind, Abdur Rahman als ihren Emir anzuerkennen und loyal zu unterstützen, so würde derselbe sofort eine Stellung unbestrittener Autorität einnehmen, welche sowohl sein Großvater als sein Onkel erst nach langem Kampfe erringen konnten. Die Aussicht auf eine solch leichte Thronbesteigung hat jedoch noch eine andere Tragweite. Wird Abdur Rahman nach diesem Erfolg in der östlichen Hälfte Afganistans mit der einen Hälfte vom Königreich Schir Mi's sich begnügen? Es wurde bemerkt, daß in seinen Mittheilungen an die englischen Behörden in Kabul er die Kandahar-Frage bisher vermieden hat. Schon ehe er die Hälfte dessen erlangte, was er

es sein rechtmäßiges Erbe betrachtete, hat es ihm nicht an Ehrgeiz gefehlt: was seitdem geschehen, dürfte denselben nicht verringert haben. Allein selbst wenn er in die Trennung Kandahars eingewilligt, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß seine Unterthanen, deren Neigungen er zu beachten hat, ihm dies erlauben. Die praktische Lösung der Emiratsfrage in Kabul macht die Kandahar-Frage zu einer um so brüchlicheren. Abdur Rahman mag sich glücklich schätzen, so viel auf solcher leichten Weise erlangt zu haben, und als gewissenlos beurtheilt werden, falls er mehr verlangen wollte. Allein die Frage, ob es für Indien eine weise Politik ist, Kandahar vom Rest Afganistan's zu trennen, muß gänzlich getrennt von den Ansprüchen und dem Ehrgeiz Abdur Rahman's entschieden werden.

Die reaktionären und ultraradikalen Blätter in Frankreich fahren fort, Gambetta anzugreifen, weil er speziell in der griechischen Frage den Staat dem Kriege entgegensteuert. Die „France“ sagt, Gambetta wolle sich durch den Krieg zum Staatsoberhaupt machen. Die Sprache dieser Blätter fängt an, in der Provinz Beunruhigung hervorzurufen. Mehrere Deputirte sind in Paris eingetroffen, um über diese Anschuldigung Erklärungen einzuziehen. Der „Temps“, das Organ Freyreinets, bringt einen Artikel, in dem er ausführt, daß Frankreich und England bezüglich Griechenlands vollkommen einig sind. Daraus folge aber noch nicht, daß beide Staaten dasselbe Endziel verfolgten. Das Programm, dessen Annahme England den Mächten vor schlägt, schiebe über das Ziel hinaus und stelle die Existenz der Türkei in Frage. Es stehe fest, daß die Mächte in drei Punkten mit dem Programm Gladstone's nicht übereinstimmen. Diese drei Punkte seien: 1) der glühende Wunsch nach der Austreibung der Türkei aus Europa; 2) die Beerbung der Türkei durch die christlichen Völkernationen und die Bildung verschiedener unter sich verbündeter Nationen; 3) der fanatische Haß Gladstone's gegen Oesterreich. Nachdem der „Temps“ solchergestalt das Programm Gladstone's dargestellt hat, schließt er mit den Worten: „Heute besitzt Rußland die Gunst Englands. Man will zwar die russischen Pläne nicht ermutigen, aber man giebt sich auch nicht den Anschein, als ob man Rußland nicht zu fürchten brauche. Für Gladstone wird Oesterreich immer ein Gegner sein wegen seiner Bestrebungen im Orient, wegen seines Einflusses auf die benachbarten Fürstenthümer und wegen der Absichten, die es möglicherweise einmal auf Saloniki haben könnte. Man sieht, daß das europäische Konzert, das innerhalb gewisser Grenzen besteht, in letzter Analyse eine unreduzirbare Rivalität zurückläßt, die zu einem Kampfe führen kann, bei welchem hinter England das russische Reich steht, während das deutsche Reich nöthigenfalls dem auf der anderen Seite im Vordertreffen stehenden Oesterreich den Rücken decken wird. Das ist die wahre Sachlage. Glücklicherweise ist die Haltung, die Frankreich unter diesen Umständen zu beachten hat, sehr einfach: Es muß sich am europäischen Einvernehmen so lange betheiligen, als dieses Bestand hat, und es muß sich an demjenigen Tage in die unbedingte Neutralität zurückziehen, an welchem das Einvernehmen dem Widerstreit von Interessen gewichen sein wird, welche nicht die unseren sind.“

Alle amnestirten Kommunards, die sich in Paris befinden, sind für Anfang August zu einer Versammlung geladen worden, welche für die Deputirtenwahlen von 1881 ein revolutionär-sozialistisches Programm aufstellen soll. Das sich zu dieser Versammlung die Geladenen in bedeutender Anzahl einfinden werden, ist keineswegs sicher. Mit Ausnahme Rocheforts, der sein Brot verdienen muß und deshalb Skandal macht (er findet aber nur wenig Anklang, schreibt man der „R. Zt.“, und sein „Intransigant“ wird keinen großen Erfolg haben), verhalten sich alle übrigen seit der Amnestie zurückgekommenen Kommunarden äußerst ruhig. Viele hielten sich nur wenige Tage in Paris auf. Paschal Groussset blieb nur vier Tage in Paris und kehrte dann nach London zurück, wo er sich eine ganz angenehme Existenz gegründet. Der berühmte Zeichner Pillolet verweilte nur einen Tag in Paris und reiste dann nach London zurück, wo er bei einem illustrierten Blatte vorthelhaft angestellt ist. Okolowik und Malvoino kehrten nach einem kurzen Aufenthalte nach Genf zurück. Jules Ballés und Arthur Arnould beschränken sich vor der Hand darauf, Romane zu schreiben. Nur Lissagaray und Lucipia scheinen eine thätige Rolle spielen zu wollen, da sie in die Redaktion des „Mot d'Ordre“ eingetreten sind. Von Felix Pyat, der sich in Paris befindet, hört man gar nichts, was aber nicht wundern darf, da er selbst bei seinen Gesinnungsgenossen in keinem hohen Ansehen steht. Ueber die sonstigen zurückgekommenen Amnestirten verläutet gar nichts, und wenn Rochefort nicht so viel Lärm schlug, so würde man gar nicht merken, daß die Hauptführer der Kommune nach Paris zurückgekommen sind. Die Arbeiter haben übrigens seit der Proklamation der Amnestie fast alle Sympathie für die Kommunarden verloren und sind vor Allem fest entschlossen, wie die Vorgänge vom letzten Sonntag in Belleville bewiesen haben, unter keinen Umständen aus der Gefährlichkeit herauszutreten. Die Stimmung der Pariser Arbeiter selbst ist übrigens friedlich. Das einzige ultraradikale Blatt, welches einigen Erfolg hat, ist die „Lanterne“, die im Ganzen genommen sehr gemäßigt auftritt, während die übrigen Blätter, wie „Mot d'Ordre“, „Citoyen“, „Justice“ (das Organ von Clemenceau) u. s. w., faum gelesen werden, und wenn sie nicht unterstützt würden, ganz eingehen müßten.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 25. Juli.

— Das Ältesten-Kollegium der Kaufmannschaft zu Berlin hat in Folge der in Kasel am 5. Oktober v. J. und nach Anhörung der Sachverständigen-Kommission für gewerbliche Angelegenheiten anerkannt, daß im Handel mit Rohtabak und mit Tabakfabrikaten ein längeres als dreimonatliches Zahlungsziel nicht mehr als usancemäßig angesehen werden darf.

Es ist sehr zu wünschen, daß auch andere Handelskammern in gleicher Weise die Bestrebungen des Vereins deutscher Tabakfabrikanten und Händler, eine Abkürzung des Ziels herbeizuführen, unterstützen möchten. (D. Tabak-Ztg.)

Die im Reichs-Eisenbahn-Amt aufgestellte Uebersicht der Betriebs-Ergebnisse der Eisenbahnen Deutschlands — ausschließlich Baierns — für den Monat Juni d. J. ergibt für die 82 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monate des Vorjahres im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, nachstehende — theilweise auf provisorischen Ermittlungen beruhende — Daten: die Einnahme aus allen Verkehrszweigen war im Monat Juni d. J. bei 35 Bahnen = 42.68 Proz. der Gesamtzahl höher und bei 47 Bahnen = 57.32 Proz. der Gesamtzahl geringer, als in demselben Monat des Vorjahres, und pro Kilometer bei 28 Bahnen = 34.15 Proz. der Gesamtzahl höher und bei 54 Bahnen = 65.85 Prozent der Gesamtzahl (darunter 14 Bahnen mit vermehrter Betriebslänge) geringer, als in demselben Monat des Vorjahres. Die Einnahme aus allen Verkehrszweigen vom 1. Januar bis Ende Juni d. J. war bei 67 Bahnen = 81.71 Proz. der Gesamtzahl höher und bei 15 Bahnen = 18.29 Proz. der Gesamtzahl geringer, als in demselben Zeitraum des Vorjahres, und pro Kilometer bei 59 Bahnen = 71.96 Proz. der Gesamtzahl höher und bei 23 Bahnen = 28.04 Proz. der Gesamtzahl (darunter 11 Bahnen mit vermehrter Betriebslänge) geringer, als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Bei den unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen, ausschließlich der vom Staate für eigene Rechnung verwalteten, betrug Ende Juni d. J. das gesammte konsolidirte Anlagekapital 1.201,696,500 M. (409,350,900 M. Stammaktien, 45,450,000 M. Prioritäts-Stammaktien und 746,895,600 M. Prioritäts-Obligationen) und die Länge derselben Strecken, für welche das Kapital bestimmt ist, 4090.44 Km., so daß auf je 1 Km. 293,760 M. entfallen. Bei den unter Privatverwaltung stehenden Privatbahnen betrug Ende Juni d. J. das gesammte konsolidirte Anlagekapital 1,403,316,657 M. (541,584,950 M. Stammaktien, 228,141,900 M. Prioritäts-Stammaktien und 634,589,807 M. Prioritäts-Obligationen) und die Länge derselben Strecken, für welche dieses Kapital bestimmt ist, 6938.22 Km., so daß auf je 1 Km. 202,259 M. entfallen.

[Von der preussisch-russischen Grenze] wird der „Sig. Ztg.“ unter dem 6. Juli geschrieben: „Auf der russischen Seite der Grenze halten sich jetzt viele Mennonitenfamilien auf, denen der Uebertritt über die Grenze nach Preußen verweigert werden muß, weil die Pässe nicht in Ordnung sind. Sie versehen daraus, daß noch immer eine strenge Revision der Pässe von den aus Rußland kommenden Reisenden stattfindet, und jeder Passagier unumsichtlich zurückerwiesen wird, dessen Paß das erforderliche Visum vom deutschen Konsul nicht aufweisen kann. Das Gesetz wird streng aufrecht erhalten — selbst den höchsten Personen gegenüber. Wer hätte aber geglaubt, daß diese schon seit vorigem Jahre bestehende Bestimmung in Rußland noch so wenig bekannt ist! Wenn sie genügend bekannt wäre, würde es nicht vorkommen, daß täglich Reisende an der Grenze ein treffen, welche gegen die Bestimmung verstoßen. Schade ist es freilich, daß die armen Mennoniten durch den Verstoß gegen die Paßbestimmung am meisten zu leiden haben, denn das Lagern an der Grenze mit Kind und Kegel ist bei dem knappen Beutel, der nicht viel mehr als das Passagiergegeld für die Reise über den Ocean enthält, ganz entsetzlich. Sinkt der Inhalt des Beutels mittlerweile unter ein bestimmtes Niveau hinab, so kommt das nachträgliche Visum des deutschen Konsuls zu spät, denn es ist endlich auch durch eine Bestimmung dafür gesorgt worden, daß jeder Auswanderer so und so viel Minimum Geld aufweisen muß, bevor er weiter befördert wird. Früher blieben die Auswanderer zu Hunderten auf der Strecke liegen, weil sie bereits den letzten Kopeken ausgegeben hatten, und da spielten sich dann Szenen ab, die haarsträubend waren. Glend, Hunger und Noth, Thränen und Flehen stellten sich ein, bis der Typhus ausbrach und die ganze Gesellschaft in ein Barackenlazareth geschafft werden mußte, um die Krankheit nicht weiter zu verbreiten. Die Mennoniten, die so treu ihre alten Sitten bewahren, werden sich denn doch etwas bequemem müssen, den Satz zu befolgen: tempora mutantur u. Es ist ja unbesritten, daß sie sich durch Ehrlichkeit, Mäßigkeit, Einfachheit der Sitten, Fleiß und Ordnung auszeichnen, daß sie zu den fleißigsten und ordentlichsten Ansiedlern in ganz Rußland gehören, doch ebenso unbesritten dürfte sein, daß Rechte ohne Pflichten auch für die Mennoniten in der Neuzeit nicht mehr denkbar sind. Von den Pflichten wollen wir nur die Wehrpflicht nennen. Das Reagiren dagegen hat Hunderte von blühenden Mennoniten-Kolonien in Einöden verwandelt und Tausende von glücklichen Mennonitenfamilien unglücklich gemacht. Derjenige, der aber in das Glaubensbekenntniß der Mennoniten den Satz hineingeschloßen hat: „wir wollen keine anderen Waffen als jene der Sanftmuth gebrauchen“, hat seinen Glaubensgenossen trotz der hohen und herrlichen Bedeutung der Worte einen sehr zweifelhaften Dienst geleistet.“

Pocales und Provinzielles.

Bosen, 26. Juli.

— Postkarten mit Antwort im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn. Amtlich wird publizirt: Vom 1. August ab sind Postkarten mit Antwort auch im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn zulässig. Es finden in der Richtung nach Oesterreich-Ungarn dieselben Formulare und dieselben Tage Anwendung, wie bei Postkarten im inneren deutschen Verkehr. Mit Postkarten aus Oesterreich-Ungarn eingehende Antwortkarten dürfen nur zu Antworten entweder nach Oesterreich, oder nach Ungarn verwendet werden, je nachdem die Freimarke, mit welcher sie versehen sind (2 Kr.), eine österreichische oder eine ungarische ist.

— Meseritz, 22. Juli. [Gemeinde-Krankenpflege.] Von Seiten des evangelischen Gemeinde-Kirchenraths ist neuerdings hieselbst das Projekt zur Errichtung einer Diakonissenstation in hiesiger Stadt angeregt worden. Wie vorauszu sehen war, fand dieses Projekt, das im Allgemeinen freudig begrüßt wurde, unter den Einwohnern unserer Stadt auch heftige Widerfacher und es hat sich in Folge einer seitens der letzteren Partei im hiesigen Kreisblatt veröffentlichten Widerlegung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und der Nothwendigkeit jener Einrichtung bereits eine Agitation in Scene gesetzt, die wohl einer besseren Sache würdig wäre. Es verdient wohl kaum irgend welchem Zweifel unterstellt zu werden, daß die beabsichtigte Einrichtung wie in anderen Städten, wo sie bereits besteht, so auch hier, bald als ein großer Segen empfunden werden und daß sie unserem Gemeinwohl nur förderlich sein würde. Ebenso dürfte es kaum nöthig er-

scheinen, hinsichtlich der Einrichtungs- und Unterhaltungskosten ernste Zweifel in die Durchführbarkeit des Unternehmens zu setzen. Was aber von der entgegen gesetzten Partei dem Projekte, und zwar wohl nicht mit Unrecht entgegengesetzt wird, ist, daß dasselbe gleich von vornherein von konfessioneller Agitation nicht freigebiesen ist. Es ist nämlich die Aufforderung zur Zahlung freiwilliger Beiträge für die Einrichtung zunächst (vorläufig) nur an die evangelischen Einwohner unserer Stadt ergangen und wenn nun das gewählte Komite resp. ein in dessen Sinne handelndes Gemeindeglied den Begnern des Projekts auf diesbezüglichen Vorwurf öffentlich erwidert: „An sich wäre eine konfessionelle Agitation auf dem Gebiete, um das es sich hier handelt, kein Gegenstand des Vorwurfs, vielmehr des höchsten Preises“ (!), so muß diese Erwidrerung wohl selbst jeden Unparteiischen höchlichst befremden. Abgesehen davon, daß Katholiken und Juden unserer Stadt wohl schon vielfach Gelegenheit hatten, zu allgemeinnützigen Zwecken ihr Scherflein freudig beizusteuern und darin wohl auch bisweilen manchen Evangelischen überboten haben, und daß grade die beabsichtigte Einrichtung, nur wenn sie konfessionslos sich gestaltet, zu einem Segen für uns werden würde, dürfte es doch nichts weniger als rathsam sein, das hieselbst stets bestandene und durch die Verhältnisse gewissermaßen bedingte gute Einvernehmen unter den verschiedenen Konfessionen durch solches Vorgehen muthwillig zu stören.

S. Aus dem Kreise Krotoschin, 22. Juli. [Belobung. Sonnenstich. Landwehr-Verein. Standesamtliches.] Der Wirtschaftsprüfer Szymbrowski in Dierschanow ist unterm 13. d. M. von der k. Regierung in Posen öffentlich belobt worden, weil es demselben bei dem ausgebrochenen Brande eines Stallgebäudes des Häuslers Stephan Bobarscy in Folge seines schleunigen und energischen Eingreifens gelungen ist, den Brand aus jenes Gebäude zu beschränken und dadurch einem muthmaßlich sehr bedeutenden Brandunglücke vorzubeugen. — Bei der letzten, fast tropischen Hitze ist der 13 Jahr alte Sohn des Ackerbürgers Christian Liebich auf der Ebene vom Sonnenstich betroffen worden. Derselbe, mit dem Hüften des Viehes beauftragt, hatte sich auf dem Felde hingelegt und war eingeschlafen. Der in der Nähe sich befindende Vater des Knaben bemerkte, daß das Vieh Schaden verurachte und beauftragte einen Dritten, den Knaben zu wecken. Derselbe erwachte zwar, stürzte aber sofort wieder besinnungslos zusammen und befindet sich gegenwärtig unter forchtbaren Krämpfen noch ohne Besinnung. — Das 8. Stiftungsfest des krotoschiner Landwehr-Vereins verlief in schönster Harmonie. Die Festrede hielt Hauptmann Sommer und endete mit einem dreifachen Hoch auf unsern Kaiser. Rentier Günther in Krotoschin ist anlässlich der mehrfachen Verdienste, die er sich um den Verein erworben hat, von demselben zum Ehrenmitgliede ernannt worden. — An Stelle des Verbrers Namysl ist der Grundbesitzer Herr Emil Maczulaitis zu Gremborno zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Gremborno, diesseitigen Kreises, widerruflich ernannt worden.

Bromberg, 22. Juli. [Zur Garnisonverstärkung in Bromberg.] Auf die Nachricht hin, daß verschiedene Truppen-Dislokationen im Bereich des zweiten Armeekorps bevorständen und daß besonders die in Kolberg garnisonierende Artillerie-Abtheilung nach Bromberg verlegt werden sollte, wandte sich der dortige Magistrat mit einer Vorstellung an den kommandirenden General des Armeekorps. Darauf hat der Kolberger Magistrat jetzt folgende Antwort erhalten: „Dem Magistrat erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 22. v. M. ergebenst, daß durch die allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 27. Mai d. J. die Verlegung der 1. Abtheilung 2. pomm. Feldartillerie-Regiments Nr. 17 nach Bromberg unabänderlich verfügt ist, und daß eine Verlegung anderer Truppen nach Kolberg zunächst nicht in Aussicht steht. Wenn durch diese Garnison-Veränderungen, welche aus militärischen Rücksichten erforderlich sind, die Interessen der Stadt leiden, so kann ich das nur um so mehr bedauern, als die Bewohner Kolbergs stets in entgegenkommender Weise den Bedürfnissen der Garnison Rechnung getragen haben, wofür meinen Dank auszusprechen ich diese Gelegenheit gern benutze. Der kommandirende General (ges.) Hann v. Weyhern.“ — Die Artillerie wird, wie die „Br. Ztg.“ meldet, nach den bisher bekannten Dispositionen gleich nach dem Manöver hier einrücken. Eine Bekanntmachung bezüglich der Unterbringung von 800 Mann und 600 Pferden ist in den hiesigen Zeitungen bereits erlassen. Inzwischen werden bereits Ermittlungen betreffs eines geeigneten Baugrundes für eine Artilleriekaserne angestellt und gegenwärtig Bohrungen auf Prinsenhöhe vorgenommen. In Ragerhof wird eine größere Anzahl Pferde placirt werden, ebenso wird der Salzschuppen zu einem Pferde stall umgewandelt.

Bromberg, 23. Juli. [Die Einfuhr von Schafen] aus Rußland betreffend, erläßt die hiesige königliche Regierung, wie die „D. Br.“ meldet, folgende Bekanntmachung: Nachdem in den angrenzenden Theilen Rußlands die Rinderpest und die Pockenpeste unter den Schafen erloschen zu sein scheint, heben wir mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten das in der Polizei-Verordnung vom 29. September 1878 enthaltene unbedingte Einfuhrverbot für Schafe aus Rußland bis zum 7. September d. J. vorbehaltlich des jederzeitigen früheren Widerrufs auf und gestatten die Ein- und Durchfuhr von Schafen bis zu diesem Zeitpunkt unter den folgenden Bedingungen: 1. Die Einfuhr von Schafen über die Landesgrenze darf nur über das Grenz-Zollamt Woycin Montags und über das Grenz-Zollamt Pappos Donnerstags erfolgen. 2. Es muß durch ein amtliches Attest des russischen Kreis-Schefs, welchem eine beglaubigte deutsche oder polnische Uebersetzung beizufügen ist, nachgewiesen werden, daß die einzuführenden Schafe vor ihrem Abgange nach der Grenze mindestens 30 Tage an einem seuchenfreien Orte gestanden haben, und daß 20 Kilometer um denselben weber Rinderpest noch Pockenpeste herrscht, sowie daß der Transport durch seuchenfreie Gegenden erfolgt ist und noch zu erfolgen hat. 3. Dieses Attest muß mindestens fünf Tage vor dem Einfuhr-Termine dem königlichen Landrath des Kreises Inowrazlaw unter genauer Angabe der Zahl der einzuführenden Schafe und des Bestimmungsortes derselben mit dem Ersuchen übersandt werden, die Einfuhr zu gestatten. 4. Die von dem Landrath ausgestellte Genehmigung der Begleiter des Schaftransports beschränkt sich auf Führung und auf Verlangen der Grenz-Zollbeamten oder der Polizei Beamten vorzuweisen. 5. Die einzuführenden Schafe sind vor dem Uebergange über die Landesgrenze von dem damit beauftragten Thierarzte auf Kosten des Einführenden zu untersuchen und müssen hierbei frei von jeder ansteckenden Krankheit oder dem Verdachte einer solchen befunden sein. Der ganze Transport ist zurückerweisen, sobald ein Stück der Herde krank oder auch nur verdächtig gefunden wird. 6. Schaf-Transporte, welche über den Regierungsbezirk Bromberg hinaus nach dem weiteren Inlande gehen sollen, müssen auf dem Grenz-Uebergangsorte der nächsten Eisenbahn-Station in geschlossenen Eisenbahnwagen verladen und ohne Umladung nach öffentlichen, unter geregelter veterinar-polizeilicher Aufsicht stehenden Schlachthanstalten, in welchen die Ab schlachtung polizeilich überwacht wird, befördert werden. Die Polizeibehörde des Bestimmungsortes ist telegraphisch auf Kosten des Einführenden zu benachrichtigen. 7. Schaf-Transporte, welche über das deutsche Reichsgebiet hinaus in's Ausland befördert werden sollen, dürfen nur in geschlossenen Eisenbahnwagen, welche mit deutlichem Bemerke: „Zur Durchfuhr durch das Reichsgebiet“ versehen sind, befördert werden und darf eine Umladung derselben unterwegs nicht stattfinden.

Telegraphische Nachrichten.

Gastein, 25. Juli.

Se. Majestät der Kaiser setzte gestern und heute die Kur fort. Nach dem Bade nahm Se. Majestät die regelmäßigen Vorträge entgegen, machte sodann eine Promenade und später eine Ausfahrt. Heute Vormittag wohnte Se.

Majestät dem von dem Hofprediger Frommel abgehaltenen Gottesdienste in der evangelischen Kapelle bei.

Frankfurt a. M., 24. Juli. Die Zugänge von Turnerschaaren zur Theilnahme an dem morgen hier stattfindenden deutschen Turnfeste haben schon heute in der Frühe begonnen und fast ununterbrochen bis zum Abend fortgedauert.

Berlin, 24. Juli. S. M. S. „Prinz Adalbert“ 12 Geschütze, Kommandant Kapitän zur See Mac-Bean, ist am 18. Juni cr. in Singapore eingetroffen und beabsichtigt am 23. desselben Monats die Heimreise fortzusetzen.

Wien, 24. Juli. Bei dem gestrigen Schützenfestbanket traf ein Telegramm Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm ein, in welchem der Kaiser seinem Danke für den von dem deutschen Schützenbunde ihm übermittelten patriotischen Gruß und seiner Freude über die rege Theilnahme desselben an dem ersten österreichischen Bundeschießen Ausdruck verlieh.

Wien, 24. Juli. Der neue österreichische Botschafter in Konstantinopel, Baron Calice, ist gestern Nachmittag auf seinen Posten abgereist.

Paris, 24. Juli. Präsident Grévy hatte heute Vormittag eine längere Unterredung mit dem russischen Botschafter Fürsten Drloff.

London, 23. Juli. Die Anerkennung Abdur Rahman's als Emir von Afghanistan durch die englische Regierung wird offiziell bestätigt.

London, 24. Juli. [Unterhaus. Ausführlichere Mittheilung.] Bryce lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Zustände in Kleinasien und Armenien, weist auf den Art. 61 des Berliner Vertrages hin und beantragt die Vorlegung der bezüglichen amtlichen Schriftstücke.

Kopenhagen, 24. Juli. Der Reichstag hat das Armeeeorganisationsgesetz definitiv angenommen, die Session des Reichstags wird heute geschlossen.

Athen, 23. Juli. Die Ernennung Brailas zum griechischen Gesandten in Paris ist erfolgt, Fürst Ypsilanti bleibt als Gesandter in Wien.

Konstantinopel, 23. Juli. Der montenegrinische Ge-

schaftsträger ist in Folge seiner Abberufung heute nach Cattinje abgereist.

Neuhort, 24. Juli. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Oder“ ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juli 1880.

Table with 5 columns: Datum, Barometer auf 0 Gr. redus. in mm, Wind, Wetter, Temp. i. Cel. Grad.

Table with 2 columns: Datum, Wärme-Maximum, Wärme-Minimum.

Wetterbericht vom 25. Juli, 8 Uhr Morgens.

Table with 5 columns: Ort, Barom. a. 0 Gr. nach Meeressniv. redus. in mm, Wind, Wetter, Temp. i. Cel. Grad.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 23. Juli Mittags 0,56 Meter. am 24. = 0,54 am 25. = 0,52

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 24. Juli. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,487. Wiener do. 80,90. Wiener do. 173,05.

Wien, 25. Juli. (Privatverkehr.) Kreditaktien 279,60, Papierrente 72,45, ungar. Goldrente 107,87, Anglo-Austrian 131,50, Unionbank —, Matt.

3proz. amortisirt. Rente 86,75, 3proz. Rente 85,12, Anleihe de 1872 119,82, Italienische 5proz. Rente 84,35, Oester. Goldrente 75, Ung. Goldrente 93, Russen de 1877 93, Franzosen 603,75, Lombardische Eisenbahn Aktien 178,75, Lomb. Prioritäten 264,00, Türken de 1865 9,95, 5proz. rumänische Anleihe 76,50.

Paris, 23. Juli. Boulevard-Verehr. 3proz. Rente —, Anleihe von 1872 119,92, Italiener 84,65, Oester. Goldrente —, Ung. Goldrente 93, Türken 10,10, Spanien extér. —, Egypter 310,00, Banque ottomane —, 1877er Russen —, Lombarden —, Lärtenloose —, Ill. Orientanleihe —, Steigend.

Wien, 24. Juli. 5 vSt. Italienische Rente 93,97, Gold 22,23, London, 24. Juli. Consoles 98, Italienische 5proz. Rente 83, Lombarden 7, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 89, 5proz. Russen de 1872 89, 5proz. Russen de 1873 88, 5proz. Türken de 1865 9, 5proz. fundirt. Amerikaner 106, Oester. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungar. Goldrente 93, Oester. Goldrente 75, Spanien 19, Egypter 60, Blagdisfont 1, vSt.

Neuhort, 23. Juli. (Schlußkurs.) Wechsel auf London: in Gold D. 82 C. Wechsel auf Paris 5,22, 5 vSt. fund. Anleihe 106, 4 vSt. fundirt. Anleihe von 1877 109, Erie-Vale 43, Central-Pacific 112, Newyor. Centralbahn 131.

Produkten-Course.

Wien, 24. Juli. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. Juli 23,10, pr. November 19,60, Roggen loco 19,50, pr. Juli 17,65, pr. November 16,25, pr. März 16,00, Hafer loco 16,50, Rübsen loco 29,20, pr. Oktober 29,10, pr. Mai 29,60.

Paris, 24. Juli. (Produktenmarkt.) Weizen loco schwaches Angebot, Termine rubig, pr. Herbst 9,75 Gd., 9,80 Br., pr. Frühjahr 10,22 Gd., 10,25 Br. Hafer pr. Herbst 5,47 Gd., 5,50 Br. Mais pr. August 6,90 Gd., 6,95 Br. Rohrzucker pr. August-September 12, — Wetter: Windig.

London, 24. Juli. (Schlußbericht.) Weizen matt, pr. Juli 27,25, pr. August 26,90, pr. September-Dezember 26,00, Roggen rubig, pr. Juli 20,75, pr. Septbr.-Dez. 18,50, Mehl matt, pr. Juli 60,75, pr. August 59,75, pr. September-Dezember 55,50.

London, 23. Juli. Havannazucker Nr. 12 25. Rubig. Glasgow, 24. Juli. Kohleisen Mixed numbers warrants 54 sh. 4 d.

Amsterdam, 24. Juli. (Schlußbericht.) Weizen pr. Oktober Roggen pr. Oktober 188, pr. März 186.

Antwerpen, 24. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen flau, Roggen weichend, Hafer unverändert, Gerste behauptet.

Rio de Janeiro, 21. Juli. Wechselcourse auf London 23, do. auf Paris 416, Tendenz des Kaffeemarktes: Lebhaft. Preis für good first 5500 à 5650.

Neuhort, 24. Juli. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11, do. in New-Orleans 11, Petroleum in Newyork 9, do. in Philadelphia 9, rohes Petroleum 7, do. Pipe line Certificate —, D. 94 C. Mehl 4 D. 25 C. Rother Winterweizen 1 D 09 C. Mais (old mixed) 48 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7, Kaffee (Rio) 14, Schmalz (Marke Wilcox) 7, do. Fairbank's 7, do. Robe & Brothers 7, C. Speck (short clear) 7, C. Getreidefracht 5.

Breslau, 24. Juli. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen: (per 2000 Pfund.) —, Gefündigt —, —, Zentner, Abgel. Rübdisch —, Juli 191, — bez., per Juli-August 170, — bez., per August-September 167,00 Br., per Septemb.-r-Oktob. 166, — bez., per Oktober-November 164, — Gd. u. Br. per November-Dezember 161,50 bez., per April-Mai 160 Gd.

Wien, 24. Juli. (Schluß-Course.) Reservirt. Spekulationspapiere, ungarische Rente und Franzosen schließlich nachgebend, Baluten steig.

Kopenhagen, 24. Juli. Der Reichstag hat das Armeeeorganisationsgesetz definitiv angenommen, die Session des Reichstags wird heute geschlossen.

Athen, 23. Juli. Die Ernennung Brailas zum griechischen Gesandten in Paris ist erfolgt, Fürst Ypsilanti bleibt als Gesandter in Wien.

Konstantinopel, 23. Juli. Der montenegrinische Ge-

Neu! Vier Tage aus dem Leben eines deutschen Componisten. Charakterbild in 4 Aufzügen. Musik von W. A. Mozart. Loge und Speer 75 Pf.

Bierdruck-Apparate. Umänderungen nach den neuesten Bestimmungen unter Garantie besorgt selbst.

J. Fuchs, Maschinenbauer und Spezialist für Bier-Apparate, Königstraße 6.

Produkten-Börse.

Berlin, 24. Juli. Wind: NW. Wetter: Lustig. Weizen per 1000 Kilo loco 210-232 M. nach Qualität gefordert...

Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - bez. - Delstaat per 1000 Kilo Winterweizen - M., S. D. - bez., N. D. - Winter...

Bromberg, 24. Juli 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: kau, hellbunt 205-208, hochbunt und glatt 208-215...

Weizen matt per 1000 Kilo loco gelber 210-215 M. bezahlt, weißer 215-217 M., per Juli 215 M. Gd., per Juli-August 202 M. nom. ...

Berlin, 24. Juli. Die Meldungen der auswärtigen Börsen waren gestern und heute recht fest, boten aber keine neue Anregung; auch die Warrants-Notierungen waren noch eine Kleinigkeit heraufgehoben...

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 24. Juli 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of financial data including bonds (Anleihe), government securities (Staats-Schuldsch.), and various bank and stock market listings.

Table of German bank shares (Bank- u. Kredit-Aktien) listing institutions like the Reichsbank and various regional banks.

Table of foreign bonds (Ausländische Fonds) listing securities from the USA, England, and other countries.

Table of exchange rates (Wechsel-Course) for various international locations like London, Paris, and New York.

Table of industrial stocks (Industrie-Aktien) listing companies in sectors like brewing, steel, and mining.

höher ein, als sie gestern geschlossen; Dortmunder Union bedang 1 1/2 Laurabütte & Proj. mehr; auch der Eisenbahn-Aktienmarkt konnte als recht fest bezeichnet werden...

Table of railway stocks (Eisenbahn-Stamm-Aktien) listing shares of various railway companies.

Table of railway priority bonds (Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen) listing debt securities of railway companies.

Table of railway state bonds (Staatbahn-Aktien) listing securities issued by railway companies.

Table of state railway stocks (Staatbahn-Aktien) listing shares of state-owned railway companies.

ten sich Bergwerkspapiere fest. Anlagewerthe begegneten regelmäßiger Nachfrage; deutsche Anleihen lagen im Großen und Ganzen sehr fest...

Table of foreign railway stocks (Ausländische Prioritäten) listing securities from other countries.

Table of foreign railway priority bonds (Ausländische Prioritäten) listing debt securities from other countries.

Table of foreign railway state bonds (Ausländische Prioritäten) listing securities from other countries.

Table of foreign railway stocks (Ausländische Prioritäten) listing shares from other countries.